

Konflikt hält an

AGMAV kritisiert Bruderhaus-Diakonie

Reutlingen/Stuttgart. Nach einem Jahr ergebnisloser Auseinandersetzung zwischen der AGMAV und dem Vorstand der Bruderhaus-Diakonie, trafen sich gestern die Mitarbeitervertretungen aus den Einrichtungen der Bruderhaus-Diakonie erneut in Reutlingen, um über Konflikte zu beraten. Wie mehrfach berichtet, kritisiert die AGMAV die Beschäftigung von Mitarbeitern in der Bruderhaus-Service GmbH, weil die ihrer Meinung nach deutlich schlechter gestellt sind als die im Mutterhaus Beschäftigten. In ihrer "Reutlinger Erklärung" vom Dezember 2014 forderten sie die Auflösung der Service GmbH und eine Rückkehr der ausgegliederten Mitarbeiter.

In seiner gestrigen Presseerklärung kritisiert die AGMAV, dass der Vorstand der Bruderhaus-Diakonie an seiner zweifelhaften Werkvertragspolitik festhalte. Anstelle des Gespräches und der Suche nach einer Lösung gehe er kirchengerichtlich gegen die AGMAV vor.

Uli Maier, der Vorsitzende der AGMAV, betonte bei der Versammlung, dass es sich bei den Werkverträgen zumindest in mehreren Fällen um Scheinwerkverträge und damit um verdeckte Leiharbeit handle. Er begrüßte den Gesetzentwurf der Bundesregierung als Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht bringe ja die Gesetzesvorlage den Vorstand der Bruderhaus-Diakonie zum Umdenken, so Maier in seiner Rede vor den Mitarbeitervertretungen. Im Antrag der Bundesregierung heißt es unter anderem: "Das Instrument Werkvertrag wird dort systematisch mit dem alleinigen Ziel der Profitmaximierung nur noch zum Schein, das heißt zur Umgehung oder Vermeidung arbeitsrechtlicher Standards genutzt."

Bei der Versammlung waren auch die Grünen Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke sowie der stellvertretende Verdi-Landesvorsitzende Martin Gross anwesend und versicherten den betroffenen Mitarbeitervertretungen ihre Unterstützung und Solidarität.uk